



Protokollauszug  
zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Donnerstag, 20.07.2023, 17:10 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1	TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung Ludwigsburg	Vorl.Nr.
-------	--	----------

---

**Beratungsverlauf:**

Siehe gesonderte Niederschrift des Betriebsausschusses Stadtentwässerung am 20.07.2023.

TOP 2	Fuchshof "Sport, Grün, Wohnen" - Erschließung Baucluster - Vergabe von Ingenieurleistungen	Vorl.Nr. 148/23
-------	--	-----------------

---

**Beschluss:**

Die Planungs- und Ingenieurleistungen für die Erschließungsstraßen des Wohnbaugebiets Fuchshof inkl. der Planung der Comburgstraße Süd werden fortgeführt.

Das Ingenieurbüro Rauschmaier Ingenieure GmbH aus Bietigheim-Bissingen wird mit den Planungsleistungen der Leistungsphasen 5-8, der Fortschreibung des koordinierten Leitungsplans und der örtlichen Bauüberwachung auf Basis des Angebots vom 26.05.2023 beauftragt. Das Gesamthonorar beträgt 228.000,00 € einschl. gesetzl. MwSt. und Unvorhergesehenem.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

**Beratungsverlauf:**

BM **Manni** eröffnet die Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt BM **Manni** mit, dass Tagesordnungspunkt 3 vor Tagesordnungspunkt 2 beraten werde, ebenso werden die Tagesordnungspunkte 6 und 7 getauscht.

Nach der Behandlung des TOPs 3 ruft er TOP 2 auf. Zeitnah wolle man beim Fuchshof in die TOP 2 Fuchshof "Sport, Grün, Wohnen" - Erschließung Vorl.Nr. 148/23  
Bacluster  
- Vergabe von Ingenieurleistungen

---

Bautätigkeiten einsteigen, merkt BM **Manni** an. Man brauche hierzu externe Unterstützung.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht auf die Vorlage ein. Die Beauftragung erfolge stufenweise, je nach Fortschritt und Bedarf.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Handel** freut sich und hofft auf schnelle Umsetzung. Seine Fraktion werde zustimmen.

Sofern keine Sackgasse geplant werde, könne die Fraktion um Stadtrat **Zeltwanger** ebenso zustimmen.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan**, Stadträtin **Knecht** und Stadtrat **Müller** signalisieren ebenso ihre Zustimmung.

Die Fuchshofstraße sei im Erschließungsgebiet nicht enthalten, beantwortet die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen die Frage von Stadtrat Zeltwanger.

BM **Manni** lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 3 Fuchshof - Neuordnung und Entwicklung der Sportflächen im Sportpark Ost Vorl.Nr. 188/23  
- Entwurfs- und Baubeschluss Großspielfeld  
Sportpark Ost  
(Vorberatung)

---

## **Beschlussempfehlung:**

### **1. Entwurfs- und Baubeschluss**

Der Entwurfs- und Baubeschluss zum Großspielfeld im Sportpark Ost wird gefasst. Grundlage ist die Entwurfsplanung des Büro Dreigrün Gross + Partner Landschaftsarchitekten mbB, Ziegelweg 1/1, 72764 Reutlingen.

---

Die Gesamtprojektkosten von insgesamt 3.187.320,00 Euro (inkl. 19 % Mehrwertsteuer, 26 % Baunebenkosten, 15 % Sicherheit und 5 % Teuerung) werden genehmigt.  
Das Gremium wird informiert, wenn die Kosten um mehr als 10% überschritten werden.

## 2. Weitere Planungsleistungen

Die Beauftragung weiterer Planungsleistungen (enthalten in den oben aufgeführten Gesamtprojektkosten) an das Büro Dreigrün wird zugestimmt.

TOP 3	Fuchshof - Neuordnung und Entwicklung der Sportflächen im Sportpark Ost - Entwurfs- und Baubeschluss Großspielfeld Sportpark Ost (Vorberatung)	Vorl.Nr. 188/23
-------	--	-----------------

---

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

### Beratungsverlauf:

BM **Manni** ruft vor der Behandlung des Tagesordnungspunkts 2 den Tagesordnungspunkt 3 auf und verweist auf die offenen Fragen zum Gesamtrahmenkonzept für den Sportpark Ost. In der heutigen Vorlage gehe es um das Großspielfeld. Durch das SKS-Areal gebe es einen zwingenden Zusammenhang und man wolle ein alternatives Spielfeld anbieten. Zudem gebe es einen Zeitdruck aufgrund archäologischer Untersuchungen.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Handel** dankt für die die Beantwortung der eingereichten Fragen. Positiv sieht er das Versickerungskonzept. Er geht auf das Klimaneutralitätskonzept ein und wünscht, dass der Betrieb möglichst klimaneutral sei. Der Anschluss an die Fernwärme, wie auch klimaneutrales Bauen werde vorausgesetzt. Großkronige Bäume werden als Schattenspender gewünscht. Die Fläche werde für den Sport gebraucht. Trotz der hohen Kosten signalisiert er seine Zustimmung.

Die Maßnahme sei für den Sport und die Vereine dringend notwendig, betont Stadtrat **Klotz**. Die Planungen seien gelungen und die geforderte Stellungnahme des Stadtverbandes für Sport zwischenzeitlich eingegangen. Der Platz sei bis zur Oberliga bespielbar. Unbefriedigend sei die Sicherung der Stellplätze über eine Baulast in der Brünner Straße. Diese seien öffentliche Stellplätze

und es herrsche heute schon ein hoher Parkdruck. Er geht auf die Kosten ein und fragt, welche Kostengruppen, wie Erschließungskosten für Versorgungsleitungen, enthalten seien. Zudem fragt er nach den Grunderwerbskosten. Des Weiteren sieht er die Baunebenkosten in Höhe von 26% als üppig an, wie auch 15% für Unvorhergesehenes. Er fragt nach eingerechneten Eigenhonoraren. Er will wissen, was mit Jugendfußball von 1,2 Millionen gemeint sei. Die Kosten für Umkleide seien eher gering angesetzt. Beim Skatepark sieht er noch Einsparpotential.

Stadtrat **Raasch** spricht sich für Sportplätze und Bewegung aus. Er geht auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein. Hier sei von einer Fördersumme von 120 Euro die Rede und er geht von einem Schreibfehler aus. Nachdem vermehrt geduscht werde, plädiert er für Solarthermie. Der Spielplatz solle zugunsten von Stellplätzen nicht wegfallen. Er vermutet sonst Folgekosten für einen neuen Spielplatz. Er geht grundsätzlich auf die angegebenen Kosten ein und sieht die jeweiligen Summen als deutlich zu hoch an. Zudem wundert er sich, warum dieses Thema im heutigen Ausschuss beraten werde. Er könne sich auch eine gemeinsame Sitzung mit dem Bildungs- und Sozialausschuss vorstellen.

Stadträtin **Liepins** geht ebenso auf die angegebenen Kosten ein und sieht die Summe als sehr  
TOP 3 Fuchshof - Neuordnung und Entwicklung der Vorl.Nr. 188/23  
Sportflächen im Sportpark Ost  
- Entwurfs- und Baubeschluss Großspielfeld  
Sportpark Ost  
(Vorberatung)

---

hoch an. Der Bildungs- und Sozialausschuss entscheidet die Raumprogramme, häufig über dem Bedarf. Künftig wünscht sie sich eine Verbesserung im Austausch. Ihre Fraktion wird heute zustimmen, wenn auch ungern wegen der Kostenhöhe. Der Sport brauche dieses Spielfeld. Bereits heute kündigt sie an, dass ihre Fraktion einem Skatepark mit einer Kostenhöhe von 1,2 Millionen nicht zustimmen werde. In der Übersicht sei der Bau des Skateparks mit 2024 datiert. Sie wünscht eine erneute Diskussion mit Dezernat II hinsichtlich der Sinnhaftigkeit zur Verlegung der bestehenden Anlage. Weiter geht sie auf die Stellplatzsituation ein und wünscht ein Gesamtkonzept, auch bei einer schrittweisen Umsetzung.

Der Bau von Sportplätzen sei grundsätzlich eine Pflichtaufgabe, meint Stadträtin **Knecht**. Aufgrund des SKS-Areals müsse man zeitnah reagieren. Sie fragt, ob die Kosten angemessen seien und will wissen, ob andere Kommunen günstiger bauen. Sie hofft, dass die Denkmalgrabungen keine zeitliche Verschiebung verursachen. Die Klima- und Umweltvorgaben werden ernst genommen, lobt sie. Der Betrieb des Umkleidegebäudes könne durch den MTV gewährleistet werden, gibt sie von ihrem Fraktionskollegen mit. Der Mangel an Parkplätzen sei relevant und kritisch. Hier müsse mit einem Gesamtkonzept nachjustiert werden. Abschließend fragt sie, ob der Platz auch für die Sportart Cricket ausgelegt sei, da die Pflugfelder Cricketspieler noch nach geeigneten Flächen suchen.

Stadtrat **Müller** wird trotz der hohen Kosten zustimmen. Er wünscht eine transparente Darstellung der Einzelposten, um besser vergleichen zu können. Weiter geht er auf das Umkleidegebäude ein und fragt nach der Einigung zur Nutzung. Das Mobilitätskonzept und die Kosten der Stellplätze müssten bei den Gesamtkosten den Sportstätten eigentlich zugeschlagen werden, meint er.

BM **Manni** geht auf die offenen Fragen ein. Er erinnert, dass in einer gemeinsamen Sitzung des

Bildungs- und Sozialausschusses und des Mobilitäts- und Umweltausschusses der Rahmen beschlossen worden sei. Im weiteren Prozess müssen konzeptionelle Optimierungen mit dem Bildungs- und Sozialausschuss abgesprochen werden. Die Stellplätze werden beim Fuchshof und Sportpark Ost thematisiert. Hierzu merkt er an, dass am 20.09.2023 im Bauausschuss der Satzungsbeschluss zum Fuchshof- Wohnen gefasst werden solle. In einer gemeinsamen Sitzung des Bauausschusses und Mobilitäts- und Umweltausschusses am 12.09.2023 werde das stufenweise Konzept zum Parken vorgestellt. In der Stellplatzbilanz könne die Sporthalle Ost abgedeckt und die dafür baurechtlich notwendigen Stellplätze nachgewiesen werden.

Die Kostenberechnung basiere auf dem Stand der Entwurfsplanung, fügt eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen hinzu. Aufgrund der Flächengröße ergeben sich diese Kostenmengen. Zusätzliche Begrünung werde in der Ausführungsplanung weiter konkretisiert. Eigenhonorar sei nicht dargestellt. Die Grunderwerbskosten werden beim Fachbereich Liegenschaften erfragt und nachgereicht. Die Förderung liege bei 120.000 Euro, nicht wie fehlerhaft angegeben bei 120 Euro. Die Kosten für den Skatepark hängen von dessen Größe ab.

Die Dimension des Skateparks müsse nochmals thematisiert werden, merkt BM **Manni** an. Mit dem Bildungs- und Sozialausschuss werde man die Förderkulisse aufbereiten und erläutern.

Das Spielfeld werde dringend gebraucht, sagt Stadtrat **Link**. Er rechnet mit Gesamtkosten von 15 Millionen, auch für das Vereinsheim gehe er von höheren Kosten aus. Er wünscht eine detaillierte Kostenaufstellung, vorher könne er nicht zustimmen.

Aufgrund der großen Fläche summieren sich die Kosten, meint Stadtrat **Handel**. Dies sei in einer

TOP 3	Fuchshof - Neuordnung und Entwicklung der Sportflächen im Sportpark Ost - Entwurfs- und Baubeschluss Großspielfeld Sportpark Ost (Vorberatung)	Vorl.Nr. 188/23
-------	--	-----------------

---

nachvollziehbaren Größenordnung.

BM **Manni** lässt anschließend über die Vorlage abstimmen.

TOP 4	Belagssanierung Kornbeckstraße - Bau- und Vergabebeschluss	Vorl.Nr. 147/23
-------	---	-----------------

---

**Beschluss:**

Protokollauszug Mobilitäts- und Umweltausschuss 20.07.2023

Die Kornbeckstraße wird entsprechend des Sanierungsvorschlages des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen sowie des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung instandgesetzt.

Die Gesamtkosten in Höhe von **450.000,- €** werden genehmigt.

### **Vergabebeschluss**

Firma Lutz Krieg GmbH aus Möglingen erhält auf der Grundlage des Angebotes vom 13.06.2023 den Auftrag zur Durchführung der Sanierungsarbeiten in der Kornbeckstraße.

Die Vergabesumme beträgt:

Auftragssumme	414.615,70 €
+ Unvorhergesehenes ca. 8,5 %	<u>35.384,30 €</u>
<b>Vergabesumme</b>	<b><u>450.000,00 €</u></b>

Bei Kostenüberschreitung wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 50.000,- € überschritten werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

TOP 4                      Belagssanierung Kornbeckstraße  
                                 - Bau- und Vergabebeschluss

Vorl.Nr. 147/23

---

### **Beratungsverlauf:**

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf das Belagsprogramm und die Vorlage ein. Die geschätzten Kosten seien über das Belagsprogramm abgedeckt. Zudem weist sie auf das Verursacherprinzip hin. Bei Kategorie Rot sei dringender Handlungsbedarf geboten. Im Bereich Goetheplatz dünste der Schwarzbelag aus.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Die Oberflächensanierung sei im Zuge der Stadtwerkemaßnahme sinnvoll, meint Stadtrat **Handel**. Insbesondere liege bei der Kornbeckstraße durch das Gefälle ein Sicherheitsaspekt vor.

Stadtrat **Klotz** kann mit der Maßnahme Kornbeckstraße ebenso mitgehen. Er wünscht, dass in den Vorlagen dauerhaft ein Vergleich zum Kostenanschlag ausgewiesen werde.

Die Zustimmung zur Kornbeckstraße signalisiert auch Stadtrat **Raasch**. Er fragt, ob der Standort der Bushaltestelle verändert werde.

Die Sanierungsarbeiten der Stadtwerke sollen mitgenutzt werden, meint Stadtrat **Dr. O'Sullivan**. Der Maßnahme Kornbeckstraße werde zugestimmt.

Die Sanierung der hochfrequentierten Kornbeckstraße sei notwendig, so Stadträtin **Knecht**. Sie geht auf die Kostenaufteilung ein und fragt, ob für die Stadt auch ein geringerer Kostenanteil möglich sei.

Stadtrat **Müller** stimmt ebenso zu. Zum Profilaufbau wundert er sich über die Dicke im Gehwegbereich. Dort solle künftig ein versickerungsfähiges Material eingebaut werden. Künftig werde der Eingang zur Bühlerstraße durch eine vergrößerte Grünfläche verengt, merkt er kritisch an und bittet um erneute Abwägung. Die Buslinie 422 müsse eher beschleunigt, als ausgebremst werden.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht auf die offenen Fragen ein. Die Bushaltestellen werden mit dem Busbetreiber und der ausführenden Firma abgestimmt. Ein Starkregenereignis könne durch einen wasserdurchlässigen Belag auf dem Gehweg nicht aufgefangen werden. Die Beläge seien zudem deutlich kostenintensiver. Bei der Gehwegdicke halte man sich an das Regelprofil. Weiter geht sie auf die Buslinie ein, diese werde durch diese Maßnahme nicht ausgebremst. Schleppkurven seien eingeplant. Aufgrund der Leitungspläne erfolge die Ausschreibung und anteilig Verrechnung. Vor Ort werden die Maßnahmen vermessen und nach dem Verursacherprinzip abgerechnet. Künftig werde der Vergleich zum Kostenanschlag in der Vorlage angegeben.

Stadtrat **Link** fragt, welche Leitungen durch die Stadtwerke verlegt werden.

BM **Manni** sagt zu, dass die Themen Busführung während der Bauphase und Eckausrundung für den Bus sowie die Fragen zur Fernwärme der Stadtwerke im Nachgang der Sitzung geklärt werden.

BM **Manni** lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 5 Sanierung Goethestraße/Goetheplatz  
- Entwurfsbeschluss

Vorl.Nr. 145/23

---

### **Beschluss:**

Der vorgestellten Planung vom 24.05.2023 für die Goethestraße und den Bereich um den Goetheplatz wird zugestimmt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

## Beratungsverlauf:

BM **Manni** geht auf die Beratung unter Tagesordnungspunkt 4 ein. Zudem merkt er an, dass eine Kostenbeteiligung der Anwohnenden rechtlich nicht möglich sei. Die Verwaltung befürworte die Umsetzung dieser Maßnahme.

Die rechtliche Grundlage zur Erschließungsbeitragspflicht sei im kommunalen Abgabengesetz auf Landesebene geregelt, ergänzt eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität und geht auf die Vorlage ein. Die Anwohnenden seien zu den Planungen informiert worden. Danach habe man die Planungen überarbeitet. Es seien jetzt 31 anstatt 27 markierte Parkstände möglich. Mit der Feuerwehr habe man die Schleppkurven geprüft.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** spricht sich weiterhin für die Maßnahme aus. Der Gehweg sei zu schmal und der Randstein eine Hürde. Die Kritik am Abbau des Gehweges könne sie nicht nachvollziehen. Die durchgeführte Infoveranstaltung mit den Anwohnenden lobt sie.

Das Projekt sei nicht dringend notwendig und die Haushaltssituation äußerts angespannt, so Stadtrat **Klotz**. Andere Straßen im Stadtgebiet seien deutlich schlechter. Er nennt die Bismarck- und die Steinheimer Straße als Beispiel. Er fordert noch eine Stellungnahme der Stadtwerke zur Dringlichkeit der Maßnahmen am Goetheplatz ein und fragt, ob diese zeitlich geschoben werden können. Die Planungen seien gut, sollten aufgrund der finanziellen Lage jedoch zurückgestellt werden. Seine Fraktion könne nicht zustimmen.

Stadtrat **Raasch** geht auf die Erhaltungssatzung für die Südstadt ein und fragt, ob diese Maßnahme damit konform sei.

Die Planungen seien schön und die Gehwege können entfernt werden, meint Stadtrat **Dr. O'Sullivan**. Er will wissen, ob der Entwässerungskanal in die Mitte verlegt werden müsse.

Unbestritten sei die Planung gut, sagt Stadträtin **Liepins**. Sie fragt, ob bei weiteren Straßen noch Schwarzbelag vorhanden sei.

Aufgrund der bevorstehenden Haushaltsberatungen sieht Stadträtin **Knecht** diese Maßnahme ebenso kritisch. Sie spricht in Verbindung mit der Erhaltungssatzung eine Kopfsteinpflasterung an.

Stadtrat **Müller** sieht die Maßnahme aufgrund der finanziellen Lage ebenso kritisch.

TOP 5

Sanierung Goethestraße/Goetheplatz  
- Entwurfsbeschluss

Vorl.Nr. 145/23

---

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht auf die offenen Fragen ein. Bei der Erhaltungssatzung gehe es um den Abriss und den Erhalt der Gebäude. Der Straßenquerschnitt werde nicht verändert. Mehrere ältere Straßen im Stadtgebiet seien von einem belasteten Schwarzbelag betroffen. Die Ausdünstung könne man riechen, dies sei jedoch primär nicht schädlich. Meist sei eine Deckschicht überzogen worden. Der Kanal unter der Straße müsse nicht verlegt



werden. Für die Bismarckstraße und Steinheimer Straße sei eine vollflächige Sanierung notwendig. Dies könne nicht über das Belagsprogramm abgebildet werden. Schlimmstenfalls machen die Stadtwerke in der Goethestraße ihre Maßnahme trotzdem. Die Stadtwerke seien aber nur verpflichtet, den Zustand der Straße wie vor ihren Arbeiten wiederherzustellen. Es könne also noch ein größerer Flickenteppich drohen. In der Unterhaltung bedeute dies zudem Mehrarbeit. Die Kosten seien bereits im Haushalt berücksichtigt.

BM **Manni** geht auf die Dringlichkeit ein. Spätestens in drei Jahren müsste dieses Thema erneut beraten werden. Jetzt biete sich eine Sanierung an, da auch die Stadtwerke dort Leitungen erneuern. Die Straße wird also sowieso aufgerissen und die Kosten seien im Haushalt eingestellt.

Nachdem die Maßnahme im Belagsprogramm enthalten sei, befürwortet Stadtrat **Link** die Sanierung.

Stadtrat **Zeltwanger** geht auf den Wärmeplan für eine nachhaltige Energieversorgung der Stadtwerke ein und fragt, wann dieser feststehe. Er erwarte diesbezüglich unzählige Baustellen im Stadtgebiet.

Fernwärme sei bei dieser Maßnahme, nach Rücksprache mit den Stadtwerken, derzeit nicht vorgesehen, merkt BM **Manni** an. Er lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 6                      Baumzustandsbericht - Erläuterung zur  
Baumschutzsatzung  
- mündlicher Bericht

---

### **Beratungsverlauf:**

Nach der Behandlung des Tagesordnungspunkts 7 ruft BM Mannl Tagesordnungspunkt 6 auf. Es erfolgt ein ausführlicher Bericht durch einen **Mitarbeiter** und die **Leiterin** des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift).

Sie beantworten Nachfragen aus dem Gremium.

Der Bericht und die Ausführungen zur Baumschutzsatzung werden vom **Gremium** zur Kenntnis genommen.

TOP 7                      Kreisverkehr "Sternkreuzung" - weiteres Vorgehen

Vorl.Nr. 165/23

---

## **Beschluss:**

1. Die vorläufigen Ergebnisse des Verkehrsversuchs werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Planung für den dauerhaften Umbau des Knotenpunkts „Sternkreuzung“ zu einem Kreisverkehr zu erarbeiten.

## **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

## **Beratungsverlauf:**

Vor der Behandlung von TOP 6 wird zunächst TOP 7 beraten. BM **Manni** teilt mit, dass die Schlangenskulptur noch in diesem Monat aufgestellt werde. Kleinteilig habe man das Kreisverkehrs-Propositorium nachgebessert.

Es erfolgt ein Bericht eines **Mitarbeiters** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität über den Verkehrsversuch anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Die Entscheidung für die Planungen zum Kreisverkehr inkludiert den interfraktionellen Antrag der SPD- und FDP-Fraktion zum Thema Radverkehrsführung an der Schorndorfer Straße, so BM **Manni**. Bewusst habe man bisher keine Machbarkeitsstudie beauftragt. Im Falle eines Rückbaus zu einer Lichtsignalanlage hätte diese nicht dieselbe Bedeutung.

BM **Manni** geht auf den heutigen Antrag der FDP-Fraktion ein und erteilt der antragstellenden Fraktion das Wort. Der Antrag liegt als Tischvorlage aus und ist unter der Vorl. Nr. 207/23 erfasst.

Stadträtin **Knecht** geht auf den Antrag ein. Ihre Fraktion freut sich über die positive Bewertung im Gremium, entgegen früheren Meinungen. Mit dem Antrag wolle ihre Fraktion Verbesserungen einbringen.

Der Kreisverkehr funktioniere, sagt Stadträtin **Dr. Knoß** und solle weiterverfolgt werden. Die Radfahrenden können durch den Kreisverkehr auf der Straße fahren. Unsichere Radfahrende werden dennoch weiterhin über den Zebrastreifen fahren, vermutet sie. Rechtlich dürfen Radfahrende die Zebrastreifen befahren. Die Fußgängerüberwege empfinde sie nicht als gefährlich und seien komfortabel. Die Wege für die Fußgänger sollen nicht verlängert werden. Dennoch sei eine gegenseitige Rücksichtnahme immer wichtig. Eine Gefahr für die Radfuhrt sehe sie ebenso nicht. Es sollen keine Schikanen für Radfahrer eingebaut werden. Auch hinsichtlich der Feinstaubbelastung solle der Kreisverkehr weitergeplant werden.

Der Kreisverkehr laufe gut und solle bleiben, meint Stadträtin **Seyfang**. Sie schließt sich der FDP-Fraktion an. Beim Abbiegen könne es zu ungunstigen Situationen mit den Fußgängern kommen. Ein Abrücken des Zebrasteifens wäre gut. Die Radfahrenden können im Kreisverkehr mitfahren. Mit der einspurigen Wilhelmstraße könne sie mitgehen. Sie wird der Vorlage zustimmen. In die weiteren

Planungen sollen die Anpassungen eingearbeitet werden.

Stadtrat **Zeltwanger** freut sich über die Übereinstimmungen im Gremium zur dauerhaften  
TOP 7 Kreisverkehr "Sternkreuzung" - weiteres Vorgehen Vorl.Nr. 165/23

---

Einrichtung des Kreisverkehrs. Er dankt der Verwaltung für den Mut den Kreisverkehr einzurichten. Die Vergleichszahlen werden zur Kenntnis genommen, auch wenn zwischen den Sommer- und Wintermonaten unterschieden werden sollte. Irritiert zeigt er sich über die Angaben zur Rückstaulänge. Dies sei nicht aussagekräftig. Es solle die Zeitdauer zum Passieren des Kreisverkehrs gemessen werden. Zudem wünscht er Angaben zu den CO<sub>2</sub>- Werten, auch hinsichtlich der bestehenden Luftfilteranlagen. An dieser Kreuzung müsse unbedingt die Klimafreundlichkeit bewertet werden. Erfahrungsgemäß sei die Verkehrssituation wochentags anders als am Wochenende. Er wünscht sich eine differenziertere Betrachtung, um passgenaue Lösungen zu finden. Unabhängig des Kreisverkehrs müsse eine Lösung und klare Verhältnisse für Radfahrende gefunden werden. Der derzeitige Kreisverkehr funktioniere. Hinsichtlich der Haushaltslage wünscht er eine getrennte Abstimmung über die dauerhafte Einrichtung und über das Budget. Er könne sich vorstellen, dass der Fachbereich Nachhaltige Mobilität eigene Ideen einbringt, bevor ein Planungsbüro beauftragt werde. Die Unterführung solle losgelöst vom Kreisverkehr untersucht werden. Die Höhe der Planungskosten hänge von den Baukosten ab, merkt er an.

Stadträtin **Liepins** ist begeistert von der Funktionalität des Versuchs. Alle Verkehrsteilnehmer nehmen Rücksicht aufeinander. Überwiegend sei das Feedback positiv. Sie könne mit einem Umbau mitgehen, wobei ihre Fraktion erst im Herbst eine Entscheidung treffen wolle. Mit dem FDP-Antrag tue sie sich schwer. Zur möglichen Unterführung wünscht sie heute mehr Information. Hiervon hänge der Umbau ab. Sie geht auf die Vergabe der Planungsleistungen ein und fragt, welche Planungen von der Verwaltung selbst geleistet werden. Deshalb habe ihre Fraktion eine jährliche Übersicht der extern vergebenen Planungs- und Gutachteraufträge gefordert. Sie gehe davon aus, dass die Sternkreuzung innerhalb der Verwaltung geplant werden könne.

Stadtrat **Müller** hätte sich eine längere Versuchsphase gewünscht. Er fragt nach dem Planungsauftrag für das zu beauftragende Büro. Zur Fahrradführung habe es bei den bisherigen Beratungen deutliche Differenzen gegeben. Er wünscht einen Vergleich der Kreuzungsbelastung vor Errichtung des Versuchs. Er fragt, ob eine Verringerung der Verkehrsbelastung im gesamten Stadtgebiet zu verzeichnen sei oder eine Verlagerung stattgefunden habe. Er begrüßt den Fußverkehr ohne Ampelschaltung. Hierdurch rücken die Oststadt und die Bärenwiese näher an die Innenstadt heran. Er geht auf die Rechtsabbiegespur in der Schorndorfer Straße ein und fragt, wie die künftige Planung sei, insbesondere für die Rettungsfahrzeuge. Die Busspur solle möglichst freigehalten werden. Solange die Unterführung nicht ausgebaut werde, sei die jetzige Rad-Kennzeichnung durch die rote Markierung über die Schorndorfer Straße für die Radfahrenden eindeutig.

BM **Manni** stellt eine große Übereinstimmung zur Grundidee fest. Der provisorische Kreisverkehr sei so nicht regelkonform. Die Unterführung sei ein Teil der Thematik. Es werde deshalb eine detaillierte Aufbereitung erfolgen.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität geht auf die offenen Fragen ein. Bei den

Zebrastreifen müsse die Richtlinie für Kreisverkehre beachtet werden. Die Entfernung müsse zum Knotenpunkt gehören, dies sei in der Regel eine Autolänge. Man werde dieses Thema nochmals mitnehmen und versuche eine Optimierung zu finden. Aufgrund der Verkehrsmenge dürften die Radfahrenden eigentlich auf der Straße nicht zugelassen werden. Deshalb habe man die Seitenräume freigegeben und beschildert. Die Radfahrenden müssen sich hier rücksichtsvoll und langsam dem Fußgängerverkehr unterordnen. Die Planungsgrundlage beinhalte einen Radring. Beim Verkehrsversuch habe sich dies nicht realisieren lassen, da man baulich nicht eingreifen wollte. Man gehe davon aus, dass der Kreisverkehr deutlich bessere Emissionswerte bringe. Die Reduzierung der Verkehrsmenge sei deutlich und man gehe von einer Verlagerung und

TOP 7

Kreisverkehr "Sternkreuzung" - weiteres Vorgehen

Vorl.Nr. 165/23

---

weitläufigen Verteilung aus. Die Stellungnahmen der Polizei und Feuerwehr werden nachgereicht. Die Verkehrszahlen für samstags seien zwischenzeitlich erhoben worden. Man konnte deutlich mehr Fußgänger erfassen. Die Leistungsfähigkeit in der Spitzenstunde sei ausreichend. Fachbereichsintern werden erste Skizzen vorgearbeitet. Dadurch können die Planungskosten reduziert werden. Die Planung des Kreisverkehrs sei sehr komplex.

Die Planung aller barrierefreien Bushaltestellen sei beispielsweise intern geplant worden, teilt BM **Manni** auf die Frage von Stadträtin Liepins mit. Eine Aufstellung hierzu folgt. Kleinere Maßnahmen werden von der Verwaltung übernommen.

Mit einer Vergabe der Planungsleistungen müsse weiterhin die Bauherrenfunktion wahrgenommen werden, fügt eine **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität hinzu. Die Situation vor Ort und die Ausarbeitung sowie die Steuerung müsse mit den Planungsbüros abgesprochen werden.

Stadträtin **Knecht** spricht sich für die Fußgänger aus und dies solle nicht gegen Radfahrende verstanden werden. Aus Respekt und Vorsicht gegenüber den Fußgängern können Radfahrende absteigen. Sie fragt nach möglichen Förderprogrammen.

In der Schlossstraße müsse zwei Meter abgerückt werden, wie auch in die Wilhelmstraße, meint Stadtrat **Link**. Er fragt, warum nicht ein Verkehrsplaner intern diesen Kreisel planen könne.

Der Kreisverkehr sei im Betrieb kostengünstiger als eine ampelgesteuerte Kreuzung, merkt Stadtrat **Handel** an und fragt nach welcher Zeit sich die Investition amortisieren würde.

Die Stromkosten liegen in etwa bei 2.500 Euro im Jahr, antwortet ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität. Die Wartung übernehme die TDL. Eine Amortisierung durch Energieeinsparung dauere somit sehr lange.

Eine Förderung sei sehr wahrscheinlich, so der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität.

BM **Manni** lässt sodann über die Vorlage 165/23 abstimmen. Die Vergabe erfolge stufenweise. Der Verkehrsversuch werde weiter evaluiert. Die Anregungen des FDP-Antrages werden mitgenommen. Der Antrag wird somit als erledigt angesehen. Der Antrag zur Unterführung und die Machbarkeit für diese Radverkehrsführung werde geprüft.



**Beschluss:**

1. Der Aufgang zum ZOB wird zugunsten einer komfortablen Schieberampe mit einem großzügigen Aufzug angepasst. Diese neue Planung wird Bestandteil der Planungen für die zweite Unterführung, die Grundlage der Planungsvereinbarung mit der DB Station und Service AG ist. (Vgl. VL Nr. 170/23)
2. Sollte diese Lösung aufgrund von Sicherheitsanforderungen der Deutschen Bahn nicht umgesetzt werden können, bildet die bisherige Lösung mit zwei großzügigen Aufzügen die Grundlage der Planungsvereinbarung.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Knecht

**Beratungsverlauf:**

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität geht anhand von Präsentationen, die dieser Niederschrift beiliegen, auf die Vorlagen 170/23 und 180/23 ein.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache. Er lobt die Projektgruppe zu den Verhandlungsergebnissen mit der Deutschen Bahn.

Stadträtin **Dr. Knoß** freut sich über die Verhandlungsergebnisse. Sie geht auf die bestehende steile Treppe ein und fragt, welchen Mehrwert die neue Lösung habe. Sie befürchtet, dass die neue Rampe weiterhin zu steil sei. Sie gibt zu bedenken, dass alle üblichen Radabstände von Koffern, Kinderwägen, Rollatoren und Rädern zu beachten seien.

Stadträtin **Seyfang** beglückwünscht ebenso zu den erfolgreichen Verhandlungen. Sie fragt, ob die Schieberampe mittig begehbar sei. Auch sie gibt zu bedenken, dass Kinderwägen unterschiedliche Reifenbreiten haben. Auf die seitlichen Schieberampen könne verzichtet werden.

Stadtrat **Zeltwanger** dankt ebenso. Die Trennung der verschiedenen Verkehrsarten sei der richtige Ansatz. Damit könne der künftige Bahnhof klar gegliedert werden. Die Taxen vor der Musikhalle

haben eine gewisse Sozialkontrolle, gibt er zu bedenken. Er fragt, ob die Planungskosten lediglich die Unterführung betreffen. Er bittet weiterhin um Prüfung, ob ein zweiter Aufzug möglich sei.

Ebenso ihren Dank spricht Stadträtin **Liepins** aus. Hauptverantwortlich betreibe die Deutsche Bahn das Projekt. Ihre Fraktion werde den Vorlagen gerne zustimmen. Eine Treppe ohne Rampe sehe sie problematisch, da dann viele Bahngäste zur Nutzung des Aufzuges gezwungen seien.

TOP 8.1                      Zweite Unterführung am Bahnhof - Zugang zum                      Vorl.Nr. 180/23  
Zentralen Omnibusbahnhof

---

Auch Stadtrat **Müller** schließt sich dem Dank an. Er fragt, warum die Aufzüge mittig in der Unterführung platziert seien und nicht am Rand. Er tendiert zur Rampenlösung und geht im Detail auf die Pläne ein.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität geht auf die offenen Fragen ein. Die Pläne seien teilweise nicht auf dem aktuellen Stand. Sie geht auf die steile Rampe ein. Schwere Dinge sollten nicht darüber transportiert werden. Die Aufzüge seien entsprechend groß, um Räder etc. mitzunehmen. Die Rampe sei dennoch eine Möglichkeit, um leichteres Gepäck zu transportieren. Durch Toleranzmaße werden bei den Treppen möglichst viele Kinderwagenmodelle abgedeckt. Die Taxen werden im Zuge der Maßnahme ZOB behandelt. Die Lage der Aufzüge, mittig in der Unterführung, sei durch die Lage auf den Bahnsteigen vorgegeben. Die Planung sei mit dem Gremium abgestimmt worden und sei Grundlage für die weitere Genehmigungsplanung. Der Bauherr sei die Deutsche Bahn. Die Unterhaltung der Aufzüge am Franck-Steg wird in städtischer Hand liegen.

BM **Manni** stellt die beiden Vorlagen getrennt zur Abstimmung.

TOP 8.2                      Zweite Unterführung am Bahnhof Ludwigsburg -                      Vorl.Nr. 170/23  
Vereinbarung mit der Deutschen Bahn zur weiteren  
Planung

---

### **Beschluss:**

1. Die Maßnahme "zweite Unterführung am Bahnhof Ludwigsburg" wird auf Basis der beigefügten Entwurfsplanung gemeinsam mit der Deutschen Bahn Station & Service AG weiterverfolgt und in der weiteren Haushaltsplanung berücksichtigt.
2. Die Mittel für die Planungen der Leistungsphasen 3 und 4 in Höhe von ca. 514.000 € netto werden bereitgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

**Beratungsverlauf:**

Siehe Tagesordnungspunkt 8.1

TOP 9

Barrierefreier Bahnhof: Bahnsteighöhen

Vorl.Nr. 184/23

---

**Beratungsverlauf:**

Dieser Tagesordnungspunkt wird von BM **Manni** mit Einverständnis des Gremiums auf eine nächste Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschuss vertagt.

Er schließt daraufhin den öffentlichen Teil der Sitzung.